



dbb
beamtenbund
und **tarifunion**

dbb Jahrestagung
Berlin, 10. Januar 2022

Mehr öffentlichen Dienst wagen!

Ulrich Silberbach
Bundesvorsitzender

+++ Sperrfrist Montag, 10. Januar 2022, 10.00 Uhr +++

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

ein gutes, ein gesundes und friedvolles neues Jahr Ihnen und Euch allen.

Da sind wir wieder: Erneut digital, hybrid, im Jahr 2 der Corona-Pandemie. Wir wollen nicht hoffen, dass dies das „neue Normal“ ist, denn mittlerweile fehlen der persönliche Austausch, das soziale Miteinander, die Unbeschwertheit doch schmerzlich.

Die Pandemie hat unser Land, hat die Welt nachhaltig verändert. Ein mikroskopisch kleines Virus erwischte die Menschen, Staaten und Volkswirtschaften eiskalt und zeigt uns bis zum heutigen Tage gnadenlos die Schwächen und Unzulänglichkeiten unseres Krisenmanagements und unserer Infrastruktur auf. Für Deutschland müssen wir der ungeschminkten Wahrheit spätestens jetzt ins Gesicht schauen: Gut aufgestellt sieht anders aus. Wir müssen besser werden. Viel besser. Denn die Corona-Pandemie ist mitnichten unsere einzige Herausforderung.

Digitalisierung, ökologische Transformation der Wirtschaft und Klimaschutz, Zuwanderung, Bildung, sozialer Wandel und Zusammenhalt – das ist ein sehr weites und steiniges Feld, das es zu bestellen gilt. Und bereits an dieser Stelle schreibe ich der neuen Bundesregierung ebenso wie allen anderen politisch Verantwortlichen in diesem Land eines ins Stammbuch: Ohne einen personell und technisch aufgabengerecht ausgestatteten leistungsfähigen und motivierten öffentlichen Dienst werden diese Zukunftsaufgaben nicht zu bewältigen sein.

Wir möchten auf dieser dbb Jahrestagung die drängenden Zukunftsfragen wieder mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft diskutieren. Was muss die Politik für einen modernen Staat jetzt tun? Wie kriegen wir die Kurve bei der Digitalisierung – trotz oder gerade wegen Corona? Wie bekommen wir die ökologisch-soziale Transformation hin und welche Rolle spielt eine effiziente, klimaneutrale Verwaltung dabei? Und wer stemmt die Kosten dafür? Wie gut sind Deutschland und Europa beim Thema Migration aufgestellt?

Gerne hätten wir diesen Dialog wieder persönlich mit Ihnen und Euch allen in Köln geführt, aber in Anbetracht der weiterhin angespannten pandemischen Lage haben wir uns erneut für das sicherere digitale Format entschieden, das sich ja schon im vergangenen Jahr bewährt hat.

Herzlich willkommen also an den Bildschirmen!

Und herzlich willkommen Frau Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser und liebe Frau Anke Plättner als Moderatorin hier in unserem Berliner Studio.

Es ist uns eine große Ehre und Freude, die erste Bundesinnenministerin der Bundesrepublik Deutschland zu begrüßen! Herzlichen Glückwunsch, liebe Nancy Faeser, auch an dieser Stelle noch einmal zu Ihrem neuen Amt. Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und sind gespannt auf die Akzente, die Sie setzen werden. Wenn es um Deutschlands öffentlichen Dienst geht, ist der dbb Ihr verlässlicher Ansprechpartner – hart in der Sache, fair im Umgang und offen für Neues, wenn es den Menschen im Dienst der Menschen hilft, gut Staat zu machen. Auch den neuen Bundesfinanzminister Christian Lindner darf ich später hier im Studio begrüßen: Herzlichen Glückwunsch auch an ihn und herzlich willkommen! Wir sind gespannt, was der Mann, der sein neues Refugium als „Ermöglichungsministerium“ bezeichnet hat, für den öffentlichen Dienst im Gepäck hat.

Sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

gut Staat zu machen ist zunehmend schwierig geworden in den letzten Jahren, nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie.

Der öffentliche Dienst, personell auf Kante genäht und technisch oft im Vorgestern stecken geblieben, befindet sich quasi im Dauer-Stresstest. Die verheerenden Folgen dieses permanenten Gewaltritts sind derzeit beispielsweise im Gesundheits- und Pflegesektor zu besichtigen, wo sich die Kolleginnen und Kollegen reihenweise aus dem Dienst verabschieden.

Wer will es ihnen verdenken? Seit Jahren schlagen sie in den Kliniken und Einrichtungen Alarm, rufen um Hilfe, mahnen, warnen. Dann kommt die Pandemie. Auf einmal sind sie Helden. Werden beklatscht. Besucht. Gefilmt. Hofiert. Und dann? Auf das Klatschen folgte die Klatsche.

Wir haben es in zwei Tarifrunden mit Bund, Ländern und Kommunen erlebt: außer Einmalprämie nix gewesen, keine generelle Aufwertung der Berufe, kein Umdenken auf der Arbeitgebendenseite, nicht der Hauch einer Erkenntnis, dass es nun wirklich allerhöchste Zeit ist, nachhaltig in Personal zu investieren und es mit attraktiven Arbeitsbedingungen auch zum Bleiben zu motivieren.

Wir hören und lesen viel dieser Tage über die „verkrustete Verwaltung“, die Deutschlands Abstieg besiegelt, über den „wohlalimentierten und verfetteten öffentlichen Sektor, der auch in der Not nicht in der Lage ist, effizient zu liefern“. Das ist natürlich wohlfeile Kritik, und Staatsdiener-Bashing trifft immer wieder Volkes Nerv, zumal in Pandemiezeiten, in denen sich viele vom Staat und seinem Personal gegängelt und bevormundet fühlen. Populistische Phrasendrescherei geht jedoch am Kern des Problems vorbei.

Es waren nicht die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die in den letzten vier Jahren mehr als 500 Gesetze beschlossen haben, sondern das war der Deutsche Bundestag. Ich bin ganz an der Seite der Kolleginnen und Kollegen vom Deutschen Richterbund, die klar sagen, dass es dem Staat nicht an detaillierten Regelungen und Vorschriften, sondern an technisch und personell gut ausgestatteten Gerichten, Behörden und Verwaltungen fehlt, um die Gesetze effektiv zu vollziehen.

Es waren und sind nicht die Lehrerinnen und Lehrer, die sich gegen eine Digitalisierungsoffensive in den Lehrplänen und in der Ausstattung der Schulen wehren. Es sind die Verantwortlichen für Bildungspolitik und die Schulträger, die hier seit Jahren auf der Bremse stehen. Wenn fast die Hälfte des Lehrpersonals heute noch immer keinen eigenen Dienstrechner und/oder eine belastbare Netzanbindung in der Schule hat, ist das ein Armutszeugnis für die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,
es waren und es sind auch nicht die Behörden und Verwaltungen, die die Menschen in den vergangenen zwei Jahren Pandemie mit zögerlichen, teilweise widersprüchlichen und widersinnigen Maßnahmen und Ansagen geradezu kirregemacht und den Eindruck erweckt haben, dass in diesem Land jeder Kindergeburtstag besser organisiert ist als das staatliche Krisenmanagement. Das waren und das sind die Entscheiderinnen und Entscheider in der Politik.

Ich bitte in diesem Punkt wirklich um saubere Analyse: Wenn man es aus politischer Saumseligkeit und Begeisterung für schwarze Nullen über Jahre versäumt, die Behörden und Verwaltungen krisenfest aufzustellen, darf man sich im Katastrophenfall nicht verwundert den Schlaf aus den Augen reiben und staunen, dass Marokko das Impfen besser hinkriegt als wir.

Es gab Zeiten, da galt Deutschlands effiziente Verwaltung als Vorbild. Heute sind wir das Land der Funklöcher und Sicherheitslücken. Ein Termin beim Bürgeramt ist vielerorts Glückssache. In Bildungsrankings landen wir im hinteren Mittelfeld und werden bei technischen Innovationen von anderen überholt. Rumänien hat besseres Internet, die Baltenrepubliken sind längst durchdigitalisiert, in Mexiko holt man sich seinen neuen Reisepass im Einkaufszentrum bei einer Zweigstelle der Behörde. Man kann ihn dort übrigens auch gleich mitnehmen, statt sechs Wochen zu warten.

So kann und so darf es nicht weitergehen. Ein Staat, dem die Menschen immer weniger vertrauen, der ihnen nicht so dient, wie sie es von ihm erwarten – solch ein Staat hat umgekehrt auch immer weniger von den Menschen zu erwarten. Auch darauf weisen wir seit Jahren hin.

Wenn mit dem öffentlichen Dienst der Kitt unseres Staatsgefüges bröckelt, wenn sich das System langsam aber sicher in seine Einzelteile zerlegt, dann kommt uns

der gesellschaftliche Zusammenhalt abhandeln. Die Achtung von Recht und Gesetz, die Würde des anderen, Solidarität, Respekt und Zusammenhalt, getragen von der Gewissheit, dass in und von diesem Staat alle gleich gut behandelt werden... Das alles weicht dem Ich, dem „Wir gegen die“.

Ganz ehrlich: Diese Entwicklung überrascht die Menschen, die im öffentlichen Dienst die Stellung halten, nicht wirklich. Natürlich sind die Bürgerinnen und Bürger wütend und enttäuscht über einen schwerfälligen Staat. Über einen für sie nicht mehr transparenten Verwaltungsvollzug. Über eine Polizei, die oft nicht da und dort ist, wo man sie braucht. Über eine Schulpflicht, die durch verlässlichen Unterrichtsausfall regelmäßig ad absurdum geführt wird.

Auch bei jenen, die in diesem kaputtgesparten öffentlichen Dienst arbeiten, ist die Frustration nachvollziehbarerweise groß: Personalmangel, so weit das Auge reicht, und kein Ende in Sicht. Ständig mehr Aufgaben, uralte Technik und ein Wust an Bürokratie, der jede Innovation und Agilität im Keim erstickt.

Im Vergleich der OECD-Staaten und im europäischen Vergleich investiert unser Land unterdurchschnittlich in seinen öffentlichen Dienst. Wir haben in Deutschland auch weniger Personal als vergleichbare Staaten. Es liegt auf der Hand, dass sich das auch bei unserer Leistungsfähigkeit bemerkbar macht.

Belohnt wird die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen nicht etwa mit Wertschätzung oder gar attraktiven Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen. Im Gegenteil. Wir erleben in Einkommensrunden mittlerweile ein abenteuerliches Ausmaß an Ignoranz gegenüber den dringenden Bedarfen der Beschäftigten und des öffentlichen Dienstes insgesamt.

Gleichzeitig leiden die Kolleginnen und Kollegen in sämtlichen Bereichen unter einem stetigen Anwachsen verbaler und tätlicher Gewalt gegen sie. Immer hemmungsloser entlädt sich der Frust von Teilen der Bürgerinnen und Bürgern

gegenüber den Menschen, die im Dienst des Allgemeinwohls stehen. Wir mussten und müssen das in den vergangenen Monaten und Wochen im Zuge der Corona-Proteste immer wieder mit ansehen. Auf die Besonderheit des neuen „Spaziergänger-Formates“ mit Kindern als Schutzschild in den ersten Reihen sei hier nur verwiesen.

Sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen einen klaren Schnitt in Sachen Staat, um all diesen Fehlentwicklungen nachhaltig Einhalt zu gebieten. Denn eins ist klar: Wenn wir so weitermachen, fliegt uns der Laden um die Ohren – sowohl volkswirtschaftlich als auch gesellschaftlich.

Deutschlands öffentlicher Dienst muss krisenfest modernisiert und personell wie technisch in die Zeit gestellt werden. Ohne ihn als stabilen und stabilisierenden Standortfaktor wird die Bundesrepublik die anstehenden Herausforderungen in Sachen Bildung, Integration, Klimawandel, Sicherheit, Konjunktur, Infrastruktur, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht meistern.

Was also ist zu tun? Wir brauchen jetzt Innovation und Investition im öffentlichen Dienst. Und vor allem müssen wir nicht nur reden, sondern: einfach machen!

In zweierlei Hinsicht: Zum einen im Sinne von „loslegen“. Wir bremsen uns – Paradebeispiel Digitalisierung – noch immer mit dem Irrglauben aus, die Dinge müssten 100prozentig laufen, bevor sie an den Start gehen. Müssen sie nicht. Wir müssen vielmehr endlich ins Machen kommen – auch mal mit Lösungen, die vielleicht noch Unwägbarkeiten haben. Aber genau die offenbaren sich doch dann in der Handhabung, und wir können daraus lernen und entsprechende Anpassungen vornehmen. Dieses agile, kooperative Herangehen an Aufgaben und Prozesse muss als neue Arbeitskultur Einzug halten im öffentlichen Dienst, einhergehend mit einer anderen Fehlerkultur.

Zum anderen müssen wir die Dinge selbst einfach machen: Auch auf der Grundlage von Recht und Gesetz, an die der öffentliche Dienst in all seinem Tun gebunden ist, lassen sich Prinzipien wie Anwenderbezogenheit und Ergebnisorientierung umsetzen. So sollten wir in Zukunft Staat machen, dann läuft's auch wieder besser mit den Bürgerinnen und Bürgern, wage ich jetzt einfach mal zu behaupten.

Das genaue Gegenteil dieser Zukunftsvision ist übrigens derzeit die digitale Transformation der Verwaltung. Wer sich das Zuständigkeiten-Schaubild bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes ansieht, braucht Nerven wie Drahtseile und bekommt unzählige Antworten auf die Frage, warum es eigentlich nicht vorangeht mit den digitalen Bürgerdienstleistungen...

Was ich sagen möchte, liebe Frau Faeser, liebe Zuhörende: Der Weg zu jenem modernen leistungsfähigen öffentlichen Dienst, den Deutschland für seine Zukunftsaufgaben braucht, ist keine Raketenwissenschaft. Wer den Beschäftigten zuhört – denn sie sind die Expertinnen und Experten für den Staatsdienst, nicht die Scharen von Beratern, die in Behörden und Verwaltungen jahrein, jahraus für viel Geld viel Unheil und Chaos anrichten, – wer der Expertise der Kolleginnen und Kollegen folgt, bekommt einen klaren Fahrplan für die Modernisierung des Staatsdienstes. Ich darf das im Folgenden zusammenfassen in

4 dbb Bausteine für einen modernen öffentlichen Dienst.

Baustein 1: Aufgabengerechte Personalausstattung

Die Diagnose ist so klar wie alt: Zu viele Aufgaben, zu wenig Personal. Aktuell fehlen uns im öffentlichen Dienst insgesamt mehr als 330.000 Beschäftigte für die Erledigung der Aufgaben. Damit nicht genug: Fast 1,3 Millionen Kolleginnen und Kollegen sind über 55 Jahre und werden in den kommenden Jahren ausscheiden. 1,3 Millionen. Wie Bund, Länder und Kommunen diesen Verlust an Know-how und Arbeitskraft kompensieren wollen, ist bis heute schleierhaft. Zumal absehbar ist, dass die Digitalisierung der Verwaltung bislang bei weitem nicht so schnell umgesetzt werden wird, als dass man hier auf signifikante Kompensationseffekte

hoffen könnte. Vor diesem Hintergrund muss der öffentliche Dienst aller Gebietskörperschaften umgehend eine nachhaltige Personalgewinnungsstrategie verfolgen. Wie wir alle wissen, sind motivierte Nachwuchs- und qualifizierte Fachkräfte mittlerweile Mangelware auf dem Arbeitsmarkt, weswegen sich der Staat, will er weiter bestehen im Wettbewerb um die besten Köpfe, als moderner, spannender und wertschätzender Arbeitgeber positionieren muss. Fest steht, dass die Rechnung „immer mehr Aufgaben auf immer weniger Personal abladen“ nun endgültig nicht mehr aufgeht.

Ohne Menschen ist kein Staat zu machen, und der Staat sollte endlich aufhören, sein Personal immer nur als Kostenfaktor mit zwei Ohren zu betrachten.

Investitionen in den öffentlichen Dienst sind Investitionen in Stabilität, Konjunktur, Bildung, Sicherheit und Wohlstand. Ich sage allen, die meinen, es sei nun in Anbetracht der coronabedingten Mehrausgaben erneut am öffentlichen Dienst, den Gürtel enger zu schnallen: Da ist kein Loch mehr am Gürtel. Eine neuerliche Sparwelle, die den öffentlichen Sektor weiter schwächt, wäre ein historischer Fehler. Wenn wir jetzt nicht begriffen haben, wie wichtig gut ausgestattete und funktionierende öffentliche Infrastruktur ist, werden wir als Gemeinwesen und Volkswirtschaft Schaden nehmen.

Deswegen begrüßen wir, dass die neue Ampel-Koalition ein „Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen“ proklamiert hat. Das verstehe ich ausdrücklich auch als Ankündigung für den öffentlichen Dienst und hoffe, dass wir dazu gleich einige konkrete Details von Bundesfinanzminister Christian Lindner hören werden.

Auch wir sind große Fans solider Haushaltsführung. Aber in der jetzigen Lage ist das Bremspedal keine Option für den öffentlichen Dienst. Hier muss zwingend in Menschen und Technik investiert werden. Jetzt. Dadurch verbessern wir übrigens nicht nur die gesamte Performance des Staatsdienstes, sondern auch die Einnahmehasis des Fiskus. Denn wenn wir besser aufgestellt sind, um Steuervermeidung und Steuerhinterziehung effektiv zu bekämpfen, gehen uns nicht mehr jedes Jahr Milliarden Euro durch die Lappen. Also: Steuergerechtigkeit, einfach machen.

Baustein 2: Attraktive Arbeitsbedingungen

Sehr geehrte Damen und Herren, wer die Besten will, muss das Beste bieten. Nun ist es nicht so, als hätte der öffentliche Dienst den Konditionen der Privatwirtschaft nichts entgegenzusetzen. Die Arbeit im Dienst des Allgemeinwohls ist zweifellos sinnstiftend. Auch vielfältige Teilzeitmodelle, Führen in Teilzeit und Gleichstellungsaspekte sprechen für den Arbeitgeber Staat. Diese Attraktivitätsmerkmale müssen wir im Wettbewerb um Nachwuchs und Fachkräfte noch stärker herausstellen, die Arbeitgebermarke öffentlicher Dienst muss von allen Arbeitgebern und Dienstgebern entsprechend positiv besetzt und kommuniziert werden.

Aber wir müssen noch besser werden bei den Arbeitsbedingungen. In der Pandemie haben die Kolleginnen und Kollegen den unwiderruflichen Beweis erbracht, dass sie flexibel sind und auch in der Mobilität verlässlich ihren Dienst leisten. Studien und Beschäftigtenumfragen zeigen uns, dass die Arbeit im Homeoffice ein fundamentaler Mehrwert mit Blick auf Vereinbarkeit und dringend gewollt ist. Deswegen: Bitte einfach mehr davon!

Mit fortschreitender Digitalisierung auch der internen Verwaltungsprozesse müssen diese Attraktivitätspunkte gemacht werden – nur so binden und halten wir die Menschen! Für die Kolleginnen und Kollegen, deren Aufgabe unmittelbare Präsenz zwingend voraussetzt, gilt es, adäquate Flexibilisierungsoptionen zu entwickeln.

Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass es nicht zu einer Entgrenzung der Arbeit kommt und mit konkreten Regelungen beispielsweise ein Recht auf Nichterreichbarkeit sicherstellen, wie es Arbeitsmediziner fordern.

Flankiert werden muss die Flexibilisierung der Arbeit von entsprechenden Aus-, Fort- und Weiterbildungen, die insbesondere Führungskräfte fit fürs Führen auf Distanz machen. Grundlage für ein konstruktives und produktives Miteinander ist in Zukunft auch eine neue Vertrauenskultur. Insbesondere Nachwuchskräfte haben kein Verständnis für Hierarchien, die lediglich Selbstzweck sind, und wenig nachvollziehbare Präsenzbliedenheiten. Befristungen, bei denen der öffentliche Dienst weiterhin bundesweit Spitzenreiter unter den Arbeitgebenden ist, sind

übrigens kein sinnvolles Flexibilisierungsinstrument, sondern Motivationskiller, die sich der Staat gegenüber seinen Beschäftigten schleunigst abgewöhnen sollte.

Sehr geehrte Damen und Herren, zu attraktiven Arbeitsbedingungen gehören ohne jeden Zweifel auch die Personal- und Sachmittelausstattung, die Arbeitsorganisation und natürlich auch die Bezahlung. Wenn einer dauerhaft die Arbeit von fünf machen muss, ist das nicht nur nicht attraktiv, sondern ungesund und mit Blick auf die zu erledigende Aufgabe einem Staat unangemessen.

Wenn die technische Ausstattung daheim besser ist als die im Job, ist das schlicht ein No-Go und untergräbt zudem die Glaubwürdigkeit der öffentlichen Handlungs- und Funktionsfähigkeit. Wenn Inklusion und digitaler Distanzunterricht verordnet, aber weder durch Personal noch durch Technik abgedeckt sind, ist an den Schulen guter Rat teuer und die Stimmung flächendeckend im Keller. Wenn die Justiz in Aktenbergen untergeht und Kriminelle wegen Fristablaufs ziehen lassen muss, ist der Rechtsstaat in Gefahr. Und wenn dann auch noch Arbeitgeber um die Ecke kommen und ihre ewige Leere-Taschen-Arie absingen, ist der gute Wille der Kolleginnen und Kollegen irgendwann einfach schlicht am Ende.

Im Beamtenbereich spielt sich regelmäßig das gleiche Trauerspiel ab: Während Gesetzgebende und Regierungen von ihren Beamtinnen und Beamten erwarten, dass sie mit beiden Beinen auf dem Boden der Verfassung stehen, reißen sie selbst immer wieder die Vorgabe einer verfassungskonformen amtsangemessenen Alimentation. Das ist nicht weniger als ein Skandal und mir scheint, dass gerade viele Verantwortliche in den Ländern gar nicht die Dimension dessen begreifen, was sie da anrichten.

Liebe Frau Bundesinnenministerin, den Bund möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich ausnehmen, aber auch in Ihrem Geschäftsbereich warten wir seit Jahren auf ein Attraktivitätssignal in Sachen Wochenarbeitszeit! 15 Jahre 41 Wochenstunden als Sonderopfer zur Haushaltskonsolidierung sind genug. Vielleicht schaffen Sie es ja, hier Lippenbekenntnissen endlich eine vertrauensbildende Maßnahme folgen zu lassen.

Das besondere Dienst- und Treueverhältnis ist keine Einbahnstraße. Insbesondere die jungen Kolleginnen und Kollegen im Beamtenbereich nehmen ihren Dienst und ihren Status sehr ernst. Sie wissen, dass der Beamtenstatus ein gleichsam flexibles wie Verlässlichkeit sicherndes Funktionselement des öffentlichen Dienstes darstellt. Das Berufsbeamtentum ist nicht nur zentrale Grundlage für eine dauerhaft funktionierende und unabhängige Verwaltung, sondern auch eine tragende Säule unserer Demokratie. Dies gilt es, auch durch eine zeitgemäße Weiterentwicklung der beamtenrechtlichen Beteiligungsrechte, zu stärken und nicht mit einer Aushöhlung der eigenständigen sozialen Sicherungssysteme zu schwächen.

Baustein3: Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung

Wir müssen die öffentliche Verwaltung in die Zeit stellen. Das fängt bei einer gründlichen Aufgabenkritik an und führt über eine neue Führungskultur bis zu einer echten und umfassenden Digitalisierung, die sich auch in einer Weiterentwicklung der betriebsverfassungs- und personalvertretungsrechtlichen Rahmenbedingungen niederschlagen muss. Gerade über die Digitalisierung wurde schon viel gesagt, aber leider noch immer zu wenig dafür getan. Wir müssen hier endlich aufhören mit dem unüberschaubaren Kleinklein, wir brauchen nicht noch einen Leuchtturm und ein weiteres Best-Practice – wir müssen die Fäden jetzt möglichst bundesweit zusammenführen und Ergebnisse schaffen.

Wir stehen zu unserem Vorschlag einer Digitalisierungsagentur mit weitreichenden Kompetenzen und Durchgriffsrechten, um die Ebenen übergreifende Zusammenarbeit zu verbessern. Hierfür böte sich die FITKO in Frankfurt an, ausgestattet mit entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen. Mal schauen, was die neue Bundesregierung jetzt anpackt. Wir stehen mit Rat und Tat zur Verfügung! Denn wir sehen in der digitalen Transformation eine große Chance, den öffentlichen Dienst endlich wieder dahin zu bringen, wo er hingehört: zu den Bürgerinnen und Bürgern. Wenn uns die Technik aufwendige Archivierungs-, Auswertungs- und Administrationstätigkeiten abnehmen kann, gewinnen wir wieder Zeit für die Menschen, denen wir dienen. Zeit für Ansprache,

Zuwendung, Erklärung und Beratung. Der Staat als präsender Begleiter – in Zeiten des Wandels ist er wichtiger denn je.

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Damen und Herren,

auch Vielfalt zählt zum Angesicht eines modernen öffentlichen Dienstes. Wenn eine Gesellschaft bunter wird, dann sollte sich das auch im Staatsdienst spiegeln. Allerdings ohne Quoten, sondern nach Eignung Leistung und Befähigung.

Eine Ausnahme gibt es allerdings: Auch, wenn Teile der Gesellschaft radikaler oder gar extremer werden: Auf diese Leute können wir in unseren Reihen gut verzichten! Menschen, die nicht mit beiden Beinen fest auf dem Boden unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen, haben im öffentlichen Dienst nichts verloren. Mit solchen Menschen ist kein Staat zu machen! Und deswegen, sehr geehrte Frau Faeser, möchte ich Ihnen hier für Ihre klare Haltung in Sachen Rechtsextremismus danken und diese, auch mit Blick auf linksextremistische Gewalt und islamistischen Terrorismus, ausdrücklich bekräftigen. Auf Hass und Hetze dürfen wir nicht mit Trägheit und Agonie antworten, sondern mit Mut und Tatkraft.

Vielleicht ist es wirklich an der Zeit, einmal ernsthaft über einen gesonderten Bundestagsausschuss für die Belange des öffentlichen Dienstes nachzudenken – Stichwort „Tatkraft“ und einfach machen.

Aber das wirklich nur als kurzer Exkurs in die Tagespolitik.

Tatkraft ist auch angezeigt, um im Sinne einer Staatsmodernisierung gewachsene föderale Strukturen auf den Prüfstand zu stellen. Nicht nur das suboptimale Management der Corona-Krise zeigt, dass der Föderalismus im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung an Grenzen stößt. Freilich sind Machtteilung und Kompromiss-Kultur bewährte Kennzeichen unserer föderalen Tradition. Aber zu viel Bürokratie, zu wenig Flexibilität, zu langwierige Entscheidungsfindung sind die Schattenseite dieser Medaille.

Flickenteppiche sind hübsch anzuschauen, aber in sensiblen Bereichen wie der Gesundheit und der Sicherheit schlicht lebensgefährlich. Viren, den Klimawandel oder Terroristen interessiert die Grenze zwischen einzelnen Bundesländern nicht.

Niemand redet davon, den Föderalismus abzuschaffen. Aber er braucht ein Update. Eine Übertragung ausgewählter Kompetenzen an den Bund, eine klarere Trennung von Zuständigkeiten und eine Verschlankung des Bundesstaates insgesamt würden die Länder, Verwaltungs- und Behördenstrukturen nicht überflüssig machen, sondern im Idealfall für Kernaufgaben freischaufeln. Ich werbe für einen offenen Föderalismus-Dialog, in dem wir über den richtigen Weg verhandeln. In dessen Rahmen wir uns übrigens auch einmal über eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und die effektivere Einbindung des Know-hows der Gemeindeebene in legislative Prozesse des Bundes unterhalten könnten. Das Modell Postkutsche sollten wir jedenfalls hinter uns lassen, wenn effizientes Regieren und Verwalten sowie Bürgernähe unsere Ziele sind.

Wir sollten dies auch in Verbindung mit der wichtigen Debatte um ein handlungsfähiges Europa tun. Der dbb beteiligt sich auch hier aktiv, blickt über den deutschen Tellerrand, ist im Plenum der Konferenz zur Zukunft Europas vertreten. Das gute Funktionieren Deutschlands und die europäische Ordnung müssen immer zusammen gedacht werden.

Baustein 4: Kultur des Respekts und der Wertschätzung

Fünf Millionen Menschen stellen sich Tag für Tag, viele von ihnen auch Nacht für Nacht, in den Dienst der Menschen, die in diesem Land leben. Gerade die Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehren und Ordnungsämtern, die Kolleginnen und Kollegen in den Kliniken und Pflegeeinrichtungen, in den Gesundheitsämtern, aber auch in den Kitas und Schulen, in den Anstalten der Sozialversicherungen sind seit nunmehr zwei Jahren dauerhaft gefordert wie nie. Auch alle anderen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes sorgen ebenso wie die privatisierten Bereiche trotz herausfordernder Rahmenbedingungen weiterhin dafür, dass Deutschland funktioniert. Streckenweise gab es Applaus dafür. Was jedoch überwiegt, sind Respektlosigkeit und tätliche Gewalt, ich sprach es bereits an.

Täglich erleben wir Übergriffe und Bedrohungen gegen Zugbegleitende, Lehrende, Verwaltungsmitarbeitende, Polizisten, Justizvollzugskräften, Ordnungsdienste, Rettungskräfte. Die erschreckenden Bilder wütender Corona-Leugner-Mobs, beängstigende Fackelzüge vor die Privathäuser von Politikerinnen und offene Morddrohungen gegen Amtsträger machen fassungslos. Dieses Verhalten ist nicht hinnehmbar. Wer Menschen angreift, die unseren Staat und die Werte, für die er steht, repräsentieren und verteidigen, greift uns alle an. Deswegen erwarten wir von Politik und Gesellschaft mehr Schutz, mehr Respekt und mehr Rückhalt.

Die Kolleginnen und Kollegen im Staatsdienst sind nicht Blitzableiter von Amts wegen für eine Politik, die in der Kritik steht. Das müssen die, die politische Verantwortung tragen, immer wieder unmissverständlich klarmachen.

Frau Bundesinnenministerin, die Kultur der Wertschätzung und des Respekts gegenüber den Beschäftigten des Staates, die wir wiederholt bei Aktionen und Veranstaltungen gemeinsam mit ihrem Haus eingefordert haben, muss weiter Schule machen. PR-Termine und Studien, die wir ebenfalls zusammen mit dem BMI hierzu durchführen, sind wichtig, aber nicht genug. Es braucht noch mehr Engagement der Politik beim Umgang mit Gewalt gegen Beschäftigte! Wir brauchen endlich eine umfassende und systematische Erfassung dieser Gewalttaten in einem Zentralregister. Wir brauchen strengere Maßgaben zur unmittelbaren strafrechtlichen Verfolgung. Und wir brauchen professionelle Gefahrenanalysen mit passgenauen Präventionskonzepten in Behörden und Verwaltungen. Der Staat darf sich nicht von den Bürgerinnen und Bürgern abschotten. Aber seine Beschäftigten dürfen auch kein Freiwild sein.

Ein moderner öffentlicher Dienst, ein attraktiver Arbeitgeber Staat, ist stolz auf sein Team. Er motiviert und fördert seine Beschäftigten, gibt ihnen Rückendeckung und zeigt Wertschätzung. Er fordert Respekt von allen für seine Leute ein – weil sie allen dienen.

Sehr geehrte Frau Ministerin, die neue Bundesregierung will in ihrer Legislatur „Mehr Fortschritt wagen“. Sie will einen ermöglichenden, lernenden und digitalen Staat, der vorausschauend für die Bürgerinnen und Bürger arbeitet, das Leben

einfacher und staatliches Handeln schneller und effektiver macht. Diese Zielrichtungen unterstützt der dbb in jeglicher Hinsicht, und ich habe aufgezeigt, wie wir diese Ziele erreichen.

Deshalb sage ich: Lassen Sie uns gemeinsam mehr öffentlichen Dienst wagen!

Liebe Frau Faeser, wir freuen uns auf Ihren Impuls und die anschließende Diskussion: Sie haben das Wort!